

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinpatige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 R. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

48. Jahrgang.

Nr 58.

Donnerstag, den 16. Mai

1901.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Büchsenfabrikanten **Paul Stoye** in **Schönheide** ist zwecks Festsetzung der den Gläubigerauswahlgliedern zu gewährenden Vergütung auf den

30. Mai 1901, Vormittag 11 Uhr,

eine Gläubigerversammlung einberufen worden.

Eibenstock, am 14. Mai 1901.

Der Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Einkommensteuer und Stadtanlagen betr.

Der am **30. April d.S. 36.** fällig gewesene **1. Einkommensteuertermin** ist nunmehr bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung bis **spätestens zum 20. d.S. Mts.** anher zu bezahlen.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß am **15. Mai d.S. 36.** der **2. Anlagentermin** fällig und zur Zahlung desselben eine wöchentliche Frist nachgelassen ist. Eibenstock, den 14. Mai 1901.

Der Rath der Stadt.

Seffe.

Bg.

Bekanntmachung.

Der auf 1. Juli 1901 angelegte **Jahrmarkt** (Johannismarkt) hier ist für dieses Jahr um 8 Tage verlegt worden und findet erst am **8. Juli 1901** statt.

Stadtrath Eibenstock, am 8. Mai 1901.

Seffe.

Lpm.

Am **15. Mai 1901** ist der **2. Termin der diesjährigen Gemeindeanlagen** fällig. Es wird dies hierdurch mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß nach Ablauf der

zur Zahlung nachgelassenen achtägigen Frist gegen etwaige Restanten executivisch vorgegangen werden wird.

Der Gemeinderath zu Schönheide.

Holz-Versteigerung auf Auerberger Staatsforstrevier. Im „Hendels Hölzer“ zu Schönheiderhammer sollen

Mittwoch, den 22. Mai 1901, von Mittags 1 Uhr an

2853	fichtene	Stämme	von 10—15 cm Stärke,	in den Abtheil. 9, 16,
5048	"	"	16—22 "	43, 46 und 69 (Stahl-
2778	"	"	23—29 "	schläge), 26, 27 u. 66
455	"	"	30—44 "	(Durchforst.), 4, 6, 8,
7	buchene	Ästcher	21—53 "	10, 13—17, 21, 22, 35
3418	fichtene	"	7—15 "	bis 44, 47, 54, 55, 63, 64,
1556	"	"	16—22 "	74, lit. d. e. u. l u. m
1384	"	"	23—57 "	(einzeln).
4710	"	Reisflangen	3—5 "	

und im Hölzer „Stadt Leipzig“ zu Eibenstock

Donnerstag, den 23. Mai 1901, von Vorm. 9 Uhr an

2 fm harte, 258 fm weiche Brennweite, in den Abtheil. 9, 16, 43,
227 " Brennknüppel, 46 und 69 (Stahlschläge),
3, 5 60 " Aeste 63 und 64 (einzeln),
gegen sofortige Bezahlung und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Die unterzeichnete Revierverwaltung ertheilt über obige Hölzer nähere Auskunft.

Eibenstock, am 14. Mai 1901.

Kgl. Forstrevierverwaltung Auerberg.

Kgl. Forstrentamt.

Schmann.

Serlach.

Die Vertagung des Reichstages,

die am Dienstag eingetreten ist, beruht auf einer Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und dem Seniorenkongress. Die Anregung dazu ging von der ersteren aus und es zittert in ihr noch die preussische Ministerkrise vom Anfang dieses Monats nach. Ziemlich allgemein hatte man erwartet, daß die Reichsboten auch noch vierzehn Tage nach den Pfingstferien tagen würden, um allerhand dringliche Angelegenheiten, auf die wir noch zurückkommen, zum Abschluß zu bringen. Damit wäre dann auch die Theilnahme einer großen Anzahl von Reichstagsmitgliedern an der Feier der Enthüllung des Nationaldenkmals für den Fürsten Bismarck, die am 3. Juni stattfinden soll, gesichert gewesen. Nachdem aber der diätengesegnete preussische Landtag vorzeitig und etwas unjanke noch vorhanden, seine diätelosen Mitglieder in beschlußfähiger Anzahl zusammenhalten oder gar nach den Pfingstferien nochmals zusammen zu bringen.

Die „Vertagung“ hat gegenüber dem „Schluß“ der Session den Vorzug (manche meinen auch den Nachtheil!), daß alles das, was bisher in den Kommissionen vorbereitet worden ist, nicht einfach unter den Tisch fällt; sondern wenn im Spätherbst die Reichsboten wieder zusammentreten, bleiben auch die Kommissionen in ihrer bisherigen Zusammensetzung und können ihre Arbeit genau von den Punkten aus fortsetzen, an denen sie dieselben jetzt abgebrochen haben. Seit vielen Jahren ist es nicht mehr vorgekommen, daß bereits im Mai Berlin „parlamentarisch“ war, d. h. daß sowohl der preuss. Landtag wie auch der Reichstag ihre Sitzungen geschlossen bzw. vertagt hatten.

Nach zwei Seiten hin hat die plötzliche Vertagung des Reichstages eine beträchtliche politische Bedeutung. Erstenmal bleibt eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen mitten auf dem Wege zu ihrer Erledigung stehen und außerdem ist auch der Einberufungstermin zum 26. November so ungewöhnlich spät, daß es allgemein überrascht hat; denn damit ist zugleich auch der früheste Termin für die Veröffentlichung des Zolltarifentwurfs vorgezeichnet. Da nun der Reichshaushaltetat bis zum 1. April in allen Besungen durchberathen sein muß, wodurch schon an und für sich die Kräfte des Reichstages stark in Anspruch genommen werden, die Tarifberatung aber gleichfalls monatelang dauern wird, so läßt sich mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß der Zolltarif beim nächsten Reichstagszusammentritt noch nicht zur Berathung gelangt kann.

Und dann wiederholt sich das alte Spiel: so manche Kanalgegner würden für den Kanal stimmen, wenn die Kornzölle in einer gewissen von ihnen erwünschten Höhe festgelegt worden sind, während der Standpunkt der maßgebenden Kreise in dieser Frage der zu sein scheint: erst die Kanäle bewilligen und dann wollen wir uns über die Höhe der Kornzölle einigen. Die Dauer dieses verfluchten Kampfes ist natürlich nicht abzusehen. Durch Vertagung der Parlamente gewinnen die zahlreichen Behörden, die mit der Tarifaufstellung zu thun haben, freie Hand und größere Ruhe als in der Parlamentszeit. Das ist um so wichtiger, als sich auch die drei neuen preussischen Minister, Müller, v. Rheinbaben und v. Pöbbecke, ungehindert mit ihren neuen Stellungen und Aufgaben vertraut machen und sich einarbeiten können. Gerade der neue Finanzminister hat es schwer, denn wie schon angekündigt, wird der nächste Reichshaushaltetat einen Fehlbetrag von 70 bis 80 Millionen aufweisen, während er bisher immer Ueberschüsse hatte. Durch die vom Reichstag geforderte und von der Regierung gebilligte Erhöhung

der Invalidenpensionen sind starke Mehrausgaben erwachsen, während die Erhöhung der Reichsstempelsätze nicht die erwarteten Mehreinnahmen gebracht hat. Auch sollen, wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, die Herabsetzungen der Post- und Fernsprechgebühren im ersten Jahre einen Ausfall von etwa 20 Millionen Mark verursachen, der auch allmählich wieder eingebracht werden dürfte. Da aber die Hälfte des Fehlbetrages von Preußen getragen werden muß, so sieht sich der neue Finanzminister von Anfang an gleich vor eine schwierige Aufgabe gestellt.

Von den unerledigt gebliebenen Arbeiten des Reichstages, die im Winter weiterberathen werden, sind vor allem zu nennen die schon einmal liegen gebliebene Seemannsordnung, die Strandungsordnung, das Südstoffgesetz, die Vorlage wegen der ostafrikanischen Bahn, die Schaumweinsteuer und der Toleranzantrag des Zentrums. Auf alle Fälle hat der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt im Spätherbst ein überreiches Arbeitspensum. Mögen sich unsere Reichsboten in der langen Pause zu der neuen Kampagne gut erholen und vor allem sich mit den Wünschen und Interessen ihrer Wähler wohl vertraut machen!

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Kaiser Wilhelm ist, nachdem er bei Metz mehrere Truppenübungen abgehalten, in Schloß Ulville eingetroffen.

— Die Wirkung des mit dem Beginn des Jahres 1900 in Kraft getretenen neuen Invalidenversicherungsgesetzes, die sich schon im Vorjahre darin äußerte, daß die Zahl der laufenden Invalidenrenten am Schlusse um 81,000 höher war als am Anfange, macht sich weiter bemerkbar. Am 1. April d. J. betrug die Gesamtzahl der laufenden Invalidenrenten 423,981 und hatte damit mehr als die doppelte Höhe der auf 186,233 angelangten Altersrenten erreicht. Invaliden-, Alters- und Krankenrenten gab es am 1. April d. zusammen 610,214. Unfallrenten wurden im Jahre 1900 an insgesamt 899,326 Personen gezahlt. Es giebt mithin mehr als 1 1/2 Millionen Personen, die auf Grund der Versicherungsgesetze Renten beziehen.

— Kiel, 14. Mai. Die Versuche mit dem für Rechnung eines ehemaligen Torpedooftiziers der deutschen Marine auf Howaldtswerken erbauten Unterseebootes scheinen vollständig aufgegeben zu sein, denn seit reichlich 1 1/2 Jahren liegt das Boot an Land und Niemand weiß, was damit geschehen soll. Die hochgepannten, f. B. an den Bau des Bootes geknüpften Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Trotz der mannigfach vorgenommenen „Veränderungen“ und „Verbesserungen“ ist man nicht über einige Tauch- und Fahrversuche herausgekommen. Die Geschwindigkeit des 12 Meter langen Bootes war nur minimal, nämlich 6 Seemeilen in der Stunde. Außerdem ist es gar nicht einmal zu Fahrtversuchen auf See gekommen. Der Unternehmer scheint kein Geld mehr an Versuche wenden zu wollen und Howaldtswerke haben natürlich auch keine Neigung, sich auf eigene Kosten mit einem aussichtslosen Plan zu befassen. Die mit diesem Boote gemachten Erfahrungen sind ganz gewiß nicht geeignet, das Interesse für Unterseeboote zu beleben.

— Oesterreich-Ungarn. Kaiser Franz Joseph wird nun seine geplante Reise nach Böhmen doch zur Ausführung bringen. Er will im Juni mehrere Tage nach Prag gehen und dann nach Leitmeritz und Ruffig besuchen.

— Frankreich. In der französischen Marine werden schon seit längerer Zeit Versuche mit Unterseebooten gemacht. Jetzt liegen nähere Nachrichten von sachverständiger Seite über die Fahrt vor, die der Präsident der Republik, Loubet, auf dem Unterseeboot „Gustave Zédé“ auf der Rhede von Toulon vor Kurzem unternommen hat. Er war auf dieser von dem Marineminister, dem Chef des Generalstabs der Marine und den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten, des Kriegs und der öffentlichen Arbeiten begleitet. Das Boot fuhr aus dem Hafen auf die Rhede über Wasser, tauchte dann unter und fuhr zwischen den beiden Linien hindurch, die das französische Mittelmeer geschwader und die italienische Flotte bildeten. Ein Torpedoboot fuhr dem Unterseeboot voraus, um den Weg frei zu halten, je ein weiteres Torpedoboot fuhr ihm zur Seite. Das Unterseeboot tauchte so tief unter, daß nur die Flaggen über dem Wasserpiegel sichtbar waren. Die gesammte Fahrt dauerte etwa eine Stunde; davon wurden 2 1/2 Stunden unter Wasser zurückgelegt. Diese Fahrt sollte der Sicherheit und Bewohnbarkeit der Unterseeboote die höchste Weihe geben, indem man ihm die Person des Präsidenten der Republik anvertraute. Die Unterwasser navigirung war eine tadellose, wenn auch berücksichtigt werden muß, daß sie bei Tage und bei gutem Wetter sowie in wohlbekanntem, engebegrenzten Gewässern durch ein eingeschlusenes Personal zur Ausführung kam. Daß der jetzt verabschiedete „Gustave Zédé“ von der französischen Marineleitung als das kommende Unterseeboot aber trotzdem noch nicht angesehen wird, geht daraus hervor, daß die in diesem Jahr zum Bau in Auftrag gegebenen 20 Unterseeboote nur 70 Tonnen Wasser verdrängen sollen, während der „Gustave Zédé“ erheblich größer ist.

— Türkei. Während die Großmächte zusammengehen, um die Pforte zum Nachgeben in dem Postkonflikt zu bewegen, spielen die Russen, die anfänglich sehr energisch gegen die Pforte auftraten, wieder einmal im europäischen Concert nicht mit. Ihre Schiffe übernehmen und übergeben die türkische Post im Gegenzug zu allen andern Mächten. Dieses Vorgehen hat natürlich dazu gebietet, die Pforte widerhaariger zu machen, die nun hartnäckig an ihrem Verlangen festhält, die fremdländischen Postanstalten ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Die Angelegenheit spitzt sich dadurch in unangenehmer Weise zu.

— Eine neue Note der Botschafter bestätigt den früheren Beschluß über die Aufrechterhaltung des fremden Postdienstes und warnt die Pforte vor unüberlegten Schritten, welche schwere Folgen haben könnten, und schließt damit, daß die Angelegenheit den betreffenden Regierungen unterbreitet werden würde.

— China. Nach telegraphischer Meldung aus Peking ist den Vertretern der Mächte am 11. ds. Ms. eine Note der chinesischen Bevollmächtigten zugegangen, in welcher dieselben den von den Mächten geforderten gesammten Entschädigungsbetrag von 450 Millionen Taëls acceptiren und dessen Tilgung innerhalb von 30 Jahren, vom Juli 1902 ab, durch jährliche Zahlungen von 15 Millionen Taëls vorschlagen.

— Südafrika. Nach einer Drahtmeldung aus Durban, 13. Mai, hat Frau Botha heute an Bord des „Dunvegan Castle“ die Reise nach Europa angetreten; sie hat die Zustimmung Kitchener's zu einer Unterredung mit Krüger erlangt, um auf diesen im Interesse des Friedenschlusses einzuwirken. — Hieraus geht hervor, daß auf englischer Seite ein sehr dringendes Interesse besteht, den Frieden, den man nicht durch kriegerische Mittel erzwingen kann, auf derartigen Umwegen zu erlangen.